

# Die Barrieren der Illegalität werden überwunden

Aus dem Leben der Partei

Ali Alpetkin

Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei

In den letzten Jahren hat die Kommunistische Partei der Türkei schwere Prüfungen ehrenvoll bestanden. Das waren Jahre angestrengter Arbeit, um die Partei vor den Verfolgungen durch die am 12. September 1980 an die Macht gelangte Diktatur zu schützen und die Bedingungen für die Fortsetzung unseres Kampfes zu gewährleisten. Gleichzeitig waren wir bestrebt, die charakteristischen Merkmale des Imperialismus und Kapitalismus in der Türkei der 80er Jahre zu analysieren und eine den gegenwärtigen Bedingungen entsprechende neue Strategie auszuarbeiten.

Der V. Parteitag der KPdT, der 1983 in tiefer Illegalität stattfand, bewies, daß unsere Partei trotz der erlittenen großen Verluste fähig ist, ihre ideologische, politische und organisatorische Geschlossenheit zu wahren und die Arbeit fortzusetzen. In dem vom Parteitag beschlossenen Programm sind die unmittelbaren und die langfristigen Ziele des Kampfes für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt in ihrer dialektischen Einheit formuliert.

Das war ein erster Versuch, eine realistische Antwort auf die Frage zu geben, wie die Arbeiterklasse der Türkei unter den komplizierten Bedingungen der 80er Jahre den revolutionären Kampf führen muß. Nach dem Parteitag haben wir die dort gezogenen Schlußfolgerungen weiterentwickelt. Bei der Suche nach einem neuen Herangehen an die Probleme der Gegenwart war uns der Beitrag, den der XXVII. Parteitag der KPdSU zur Theorie des Marxismus-Leninismus geleistet hat, eine große Hilfe. Die Nationale Konferenz unserer Partei, die Ende vorigen Jahres erfolgreich durchgeführt wurde, war der krönende Abschluß der nach dem V. Parteitag geleisteten Arbeit. Sie war ein Wendepunkt in der an Kämpfen reichen Geschichte unserer Partei. Zu dieser Einschätzung berechtigen die Ergebnisse der Konferenz: Der politische Einfluß der KPdT ist gewachsen; die Parteiorganisationen zeigen, nachdem sie Klarheit über den Inhalt der Politik der Partei gewonnen haben, größere Entschlossenheit bei der Lösung der gestellten Aufgaben; die innerparteiliche Demokratie hat sich weiter entwickelt; die Beziehungen zu den Massen haben sich gefestigt; der Dialog und die Zusammenarbeit mit den anderen linken und demokratischen Kräften wurden vertieft.

Auf seiner 6. Tagung im Mai 1986<sup>1</sup> billigte das ZK unserer Partei die Thesen für die Nationale Konferenz und stellte sie zur Diskussion. Diese enthielten als Alternative zur derzeitigen Lage im Lande Vorschläge für die Lösung der grundlegenden Probleme des Lebens unserer Gesellschaft. Ein konkretes, realistisches und fundiertes Programm für Umgestaltungen bildeten die Forderungen, die den Kampf für nationale Demokratie, nationale Sicherheit und Souveränität, Reformen in den Streitkräften sowie wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen betrafen.

Durch die Erörterung der Thesen wurde das innerparteiliche Leben merklich belebt. Alle Parteiorganisationen, angefangen von den Grundorganisationen, studierten die Dokumente und analysierten die eigene Arbeit. Die Delegierten für alle Konferenzen auf höherer Ebene wurden durch Wahl gemäß den Bedingungen der Illegalität bestimmt. Diese Methode wurde zum ersten Mal in der Geschichte der KPdT mit Erfolg praktiziert. Neben

Konferenzen der Parteiorganisationen fanden Konferenzen fortschrittlicher parteiloser Arbeiter, von Jugendlichen, Frauen und Gewerkschaftsaktivisten statt. Der Kreis derer, die mit den Kommunisten sympathisieren, ist größer geworden. Auf den Zusammenkünften von Parteiorganisationen im Ausland wurden Probleme der in Westeuropa lebenden türkischen Arbeiter erörtert.

Besonders wichtig aber ist, daß die Nationale Konferenz der im Lande wirkenden Parteiorganisationen unter den Bedingungen der Illegalität auf türkischem Territorium unter Vorsitz des Generalsekretärs des ZK der KPdT, Genossen Haydar Kutlu, stattfand. Das war ein Schlag gegen den Antikommunismus und hat das Vertrauen zu unserer Partei gestärkt.

An der Konferenz der Auslandsparteiorganisationen nahm eine Delegation der Türkischen Arbeiterpartei unter Leitung ihres Vorsitzenden, Behiche Boran, teil. Dadurch wurde der Wunsch beider Organisationen bekräftigt, eine einheitliche kommunistische Partei zu schaffen.

Das Zentralkomitee wies die Delegierten besonders darauf hin, daß es gilt, die innerparteiliche Demokratie zu stärken und den demokratischen Zentralismus weiterzuentwickeln. Dieser ist, wie uns die Erfahrung gelehrt hat, eine unerläßliche Voraussetzung, um neue, den gegenwärtigen Bedingungen entsprechende Ideen zu entwickeln, die Einheit der Partei zu festigen, die Aktivität der Parteimitglieder zu erhöhen, ihre brüderliche Verbundenheit zu stärken, Kritik und Selbstkritik zu entwickeln und die Parteikontrolle zu vervollkommen. Je weiter die innerparteiliche Demokratie entwickelt ist, desto größer ist die Autorität des ZK, desto fester sind der Zentralismus und die Parteidisziplin.

Heute sind in der Türkei die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine Revolution noch nicht herangereift. Deshalb haben wir alle von der Nationalen Konferenz vorgeschlagenen Reformen als Alternativprogramm für Frieden und Nationale Demokratie bezeichnet. Sie zielen darauf ab, daß die Arbeiterklasse stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung erlangt, dazu beiträgt, das politische Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens und der Demokratie zu verändern, dabei ihre Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben erhöht und ihre Bündnisse festigt.

Bei der Ausarbeitung dieses Programms trug unsere Partei den derzeitigen Entwicklungstendenzen Rechnung. In den 80er Jahren sind in der Basis und im Überbau des Imperialismus und des von ihm abhängigen Kapitalismus in der Türkei qualitative Veränderungen vor sich gegangen. Kennzeichnend für den heutigen Imperialismus sind extreme Reaktion und Militarismus. Der Neokonservatismus, der in den 80er Jahren in der kapitalistischen Welt großen Einfluß erlangte, hat gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten eine Offensive entfesselt und betreibt eine Politik der sozialen Revanche, um die ökonomischen und demokratischen Errungenschaften der Werktätigen rückgängig zu machen. In seiner Außenpolitik orientiert er sich zunehmend auf Gewalt.

All das wirkte sich in den 80er Jahren auch auf die Lage in der Türkei aus. Da unser Land relativ rückständig und vom Imperialismus abhängig ist, wurde es besonders stark in Mitleidenschaft gezogen.

Nach dem Militärputsch im Jahre 1980 wurde der gesamte staatliche Unterdrückungsapparat von unten bis oben reorganisiert. Obwohl heute politische Parteien zugelassen sind und Wahlen abgehalten werden, erklären selbst solche bürgerlichen Politiker wie die ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel und Ecevit, daß in der Türkei keine Demokratie existiert, sondern Staatsterror herrscht.

Wie kann denn auch von Demokratie die Rede sein, wenn fortschrittliche, demokratische Kräfte, Repräsentanten der Arbeiterbewegung und Gewerkschafter keine Möglichkeit haben, sich frei zu betätigen, und von der Polizei grausam verfolgt werden? Als Beispiel wollen wir nur den im Dezember 1986 zu Ende gegangenen Prozeß gegen Funktionäre und aktive Mitglieder des Verbandes revolutionärer Gewerkschaften (DISK) anführen. Nach dieser Gerichtsfarce, die sich über fünf Jahre hingezogen hatte, beschloß das Militärgericht von Istanbul, den Verband, der über eine halbe Million Mitglieder zählte, aufzulösen, und verurteilte 264 seiner Funktionäre und aktiven Mitglieder wegen „kommunistischer Propaganda“ zu Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren.

Infolge der monetaristischen Wirtschaftspolitik, die seit 1980 betrieben wird, sind die Realeinkommen der Werktätigen rapide gesunken. Die einheimische Monopolbourgeoisie hingegen vermochte – sogar zum Nachteil anderer Schichten der Bourgeoisie – Riesengewinne zu erzielen. Es wurde darauf hingearbeitet, die Wirtschaft des Landes in eine Domäne der transnationalen Monopole zu verwandeln. Staatliche Betriebe, die das Rückgrat der nationalen Wirtschaft bilden, werden reprivatisiert.

Gleichzeitig wurden dem Pentagon in der Türkei weitere Militärbasen zur Verfügung gestellt und erhielt es noch mehr Handlungsfreiheit. In den Plänen der USA hat man unserem Land die Rolle eines Aufmarschraumes im Kampf gegen die sozialistischen Staaten, gegen die Völker des Nahen und Mittleren Osten zugeordnet.

Gegenwärtig stehen an der Spitze des Staates und der Armee Generale, die blindwütige Verfechter des Wettrüstens sind und die Welt vom Standpunkt geopolitischer Doktrinen aus betrachten, ferner Monetaristen, die ihre Bildung und ihr Rüstzeug in Washington erhielten, und faschistoide Fanatiker des Neokonservatismus, die für eine „türkisch-islamische Synthese“ plädieren. Die Politik dieser Kreise bereitet den Boden für Provokationen der USA-Administration, welche die Türkei jederzeit in einen Krieg gegen ihre Nachbarn hineinziehen kann.

Im Dezember 1986 wurde zwischen Washington und Ankara vereinbart, das Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und der Wirtschaft um weitere fünf Jahre zu verlängern. Der Vertrag bietet den USA noch mehr Möglichkeiten, die Militärbasen in der Türkei gegen sozialistische Staaten und andere Länder zu nutzen, deren Regierungen dem Weißen Haus mißfallen. Gegenwärtig sind auf diesen Basen US-amerikanische Kernwaffen stationiert. Sie sind eine Gefahr für die Sicherheit der Türkei wie auch für die ihrer Nachbarn. Die USA-Administration beabsichtigt, hier neue Arten von Kernwaffen und chemischen Waffen zu stationieren.

Der Hauptgegner der Arbeiterklasse in der Türkei sind heute die extreme Reaktion und die Kräfte des Militarismus. Sie stützen sich im Lande auf die kollaborationistische Oligarchie und außerhalb des Landes auf die aggressivsten Kreise des Imperialismus. Das von der Kommunistischen Partei unterbreitete Alternativprogramm für Frieden und Nationale Demokratie ist die Plattform des Kampfes gegen diese Kräfte. Die Hauptziele sind: zu verhindern, daß die USA-Regierung sich der Türkei als Instrument bei der Verwirklichung ihres aggressiven Kurses bedient; dazu beizutragen, daß unser Land zu einem Friedensfaktor wird; mit der Diktatur Schluß zu machen und demokratische Verhältnisse herzustellen; die Militarisierung unserer Wirtschaft und ihre Umstrukturierung im Interesse der transnationalen Monopole zu verhindern; das Land auf den Weg einer unabhängigen Entwicklung zu führen; der Verschlechterung der Lage des Volkes Einhalt zu gebieten und eine Besserung herbeizuführen; den Verfall der Kultur zu verhindern und ihre Entwicklung zu gewährleisten.

Die Feinde des Friedens und der Demokratie verfügen in der Türkei nur über eine schmale soziale Basis, aber sie haben die Macht und werden von imperialistischen Kreisen unterstützt. Um ihnen eine Niederlage zu bereiten, müssen sich alle demokratischen Kräfte zusammenschließen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. In der Türkei haben heute breite soziale Schichten – von der Arbeiterklasse bis zu einem beträchtlichen Teil der Bourgeoisie – unter der Diktatur und ihrer Politik zu leiden. Die Forderung nach Demokratie geht nicht nur vom Block der Linken Einheit aus, dem die Kommunisten angehören, sondern auch von der Bewegung der Intellektuellen, zwei sozialdemokratischen Parteien, ja sogar traditionell konservativen Vertretern der Großbourgeoisie sowie Diktaturgegnern aus religiösen Kreisen. Die Gewerkschaften, verschiedene Berufsvereinigungen und andere Massenorganisationen verknüpfen ihre spezifischen Forderungen mit demokratischen Lösungen.

Die oppositionellen Kräfte erstarben und wenden sich gegen Kriegsgefahr, Militarismus und Diktatur. Das zeigten die Ergebnisse der Teilwahlen (in zehn Provinzen) im September 1986. Die Anzahl der dort für die Regierungspartei abgegebenen Stimmen sank von 42 auf 32 Prozent, hingegen konnten die für Demokratie Eintretenden Parteien 60 Prozent der Stimmen erringen. Die Hauptschwäche der Kräfte des Friedens und der Demokratie

Aus dem Leben der Partei

Aus dem Leben der Partei

ist ihre Zersplitterung. Sie waren bislang nicht in der Lage, sich um gemeinsame Ziele zusammenzuschließen. Die Kommunistische Partei berücksichtigt die spezifischen Interessen der potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse und bemüht sich, sie auf der Grundlage allgemeinemenschlicher und allgemeindemokratischer Forderungen zu vereinen. Unseres Erachtens wird die Arbeiterklasse den Zusammenschluß der sich der extremen Reaktion und dem Militarismus entgegenstellenden Kräfte nur dann erreichen, wenn sie selbst konsequent für diese Plattform eintritt.

Mit der von ihr vorgeschlagenen Alternative des Friedens, der nationalen Souveränität und der nationalen Sicherheit unterstreicht unsere Partei die Notwendigkeit einer radikalen Wende in der Außenpolitik. Die Türkei darf nicht gegen ihren Willen in einen Krieg hineingezogen werden, sondern muß zur Erhaltung des Friedens beitragen. Sie muß gutnachbarliche Beziehungen zu allen Staaten unserer Region entwickeln und sich dagegen wenden, daß bei der Lösung strittiger Probleme zwischen ihnen Gewalt angewendet wird. Obwohl unser Land nach wie vor der NATO angehört, kann es nützliche und umfangreiche Beziehungen zu seinen sozialistischen Nachbarstaaten, vor allem zur Sowjetunion, unterhalten. Die von unserer Partei vorgeschlagene Alternative gibt Antwort auch auf die Frage, wie man die Probleme Zyperns und der Ägäis konstruktiv lösen und auch mit Syrien, Iran und Irak gutnachbarliche Beziehungen herstellen kann.

Grundvoraussetzung für die Realisierung dieser Aufgabe ist, daß die eigenen nationalen Interessen, nicht aber die der USA die Außenpolitik der Türkei bestimmen. Es darf nicht geduldet werden, daß sich der USA-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten und in die Außenpolitik unseres Landes einmischt. Alle Instrumente einer solchen Einmischung müssen beseitigt werden. Dazu ist vor allem notwendig, daß die amerikanischen Militärbasen in der Türkei aufgelöst werden. Sich dem USA-Imperialismus zu widersetzen ist die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf nicht nur gegen die Kriegsgefahr, sondern auch für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Kommunistische Partei sieht in ihrem Reformprogramm den Weg zur Errichtung einer nationalen Demokratie. Diese würde die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten garantieren, ohne den Klassencharakter des Staates in Frage zu stellen, und würde vor allem zwei Ziele verfolgen: erstens die Möglichkeiten des staatlichen Unterdrückungsapparates, gegen das Volk Gewalt anzuwenden, maximal einzuschränken und zweitens die Möglichkeiten des Volkes, eigene Organisationen zu gründen, für seine Interessen zu kämpfen und an der Festlegung und Verwirklichung der Politik des Staates mitzuwirken, maximal zu erweitern. In unserem Programm sind die Maßnahmen aufgeführt, die für eine demokratische Reorganisation der Polizei, des Justizapparates, des Gefängnisregimes sowie für die Revision der Strafgesetze notwendig sind.

Unsere Partei hat als erste politische Kraft des Landes ein Reformprogramm für die Streitkräfte formuliert. Aufgabe der Armee muß es sein, unter der Leitung und Kontrolle eines vom Volk gewählten demokratischen Parlaments und einer vom Volk gewählten Regierung die nationale Unabhängigkeit, die Souveränität des Landes und den Frieden zu schützen. Dazu ist es unerlässlich, die proamerikanischen, faschistischen und reaktionären Elemente aus der Armee zu entfernen, die Armee von der amerikanischen Vormundschaft zu befreien und ihre Bindung an das monopolistische Großkapital zu beseitigen. Die Armee muß zu einer Institution des demokratischen Staates werden. Die Ausbildung der Armeemitglieder muß im Geiste der Prinzipien des Friedens, der Demokratie und des Schutzes der nationalen Souveränität erfolgen. Ferner ist vorgesehen, das Leben in der Armee zu demokratisieren und zu gewährleisten, daß sie die nationale Wirtschaft unterstützt und eng mit dem Volk verbunden ist. Ihre Bewaffnung sollte nur mit nationalen Mitteln erfolgen.

Die von unserer Partei vorgeschlagene Alternative ist darauf gerichtet, alle demokratischen Grundfreiheiten und -rechte des Menschen voll zu verwirklichen. Besondere Bedeutung haben die Gewährung der Gedanken- und Koalitionsfreiheit, die Anerkennung des Existenzrechts des kurdischen Volkes und die Gewährung nationaler demokratischer Rechte für die in den Staatsgrenzen der Türkei lebenden Kurden.

4

Aus dem  
Leben  
der Parteien

In der Vergangenheit haben im politischen Leben unseres Landes die Gewerkschaften, andere Massenorganisationen und Vereinigungen, die gewählten örtlichen Leitungsgremien, die Universitäten und die Presse eine wichtige Rolle gespielt. Die dem Volk 1982 von der Militärdiktatur aufgezwungene Verfassung hat diesen ihre Rechte abgesprochen. Im Programm unserer Partei sind Maßnahmen enthalten, die die genannten Institutionen in die Lage versetzen, noch aktiver als früher die Innen- und Außenpolitik des Landes mitzugestalten, an der Festlegung von Sicherheitsmaßnahmen sowie von Maßnahmen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich mitzuwirken. Das betrifft unter anderem: das Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung in den staatlichen Betrieben, die Demokratisierung der örtlichen Machtorgane, das Recht der Lehrkräfte, Studenten und Arbeiter, auf das Hochschulwesen Einfluß zu nehmen, das Recht der demokratischen Massenorganisationen und Gewerkschaften, an der Ausarbeitung von Gesetzen mitzuwirken.

Unsere Partei ist der Ansicht, daß die gemeinsamen Interessen aller Klassen und Schichten der Gesellschaft, die unter der derzeitigen Politik zu leiden haben, ihre Geschichte mit der Zukunft des Landes verbinden und zu dessen demokratischer Entwicklung beitragen möchten, Grundlage ihres gemeinsamen Handelns sein können. Die Alternative der KPdT in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sieht eine breite Palette von Maßnahmen vor: Schutz der nationalen Wirtschaft vor dem Imperialismus; Sicherung einer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung; Neubestimmung und Verstärkung der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben, seiner Möglichkeiten, die Wirtschaft im Interesse aller Klassen und Schichten der Gesellschaft zu leiten; Schutz der Erwerbseinkommen der Werktätigen und Erhöhung ihrer Einkommen.

Wir unterbreiten konkrete Vorschläge für die Entwicklung der Industrie und einer von der Vorherrschaft der Großgrundbesitzer freien Landwirtschaft, zur Lösung solcher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Beseitigung der Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im System der sozialen Sicherstellung, Verbesserung der Urbanisierung, des Umweltschutzes, des Familien-, Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes.

Wir verweisen darauf, daß viele der genannten Probleme im nationalen Rahmen allein nicht zu lösen sind. Unser Programm sieht eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit der Türkei mit allen Ländern vor und orientiert darauf, daß unser Land sich im internationalen Kampf gegen den Neokolonialismus, für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung aktiv engagiert. Unsere Partei unterstreicht die außerordentlich große Bedeutung der neuen, modernen Technologien für die Industrialisierung des Landes und regt dazu eine Reihe von Maßnahmen an.

In dem auf die Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gerichteten Reformprogramm unterscheidet unsere Partei zwischen den vordringlichen Maßnahmen, die von einer demokratischen Regierung getroffen werden müssen, und den langfristigen Zielen. Der Kampf für die Lösung der unaufschiebbaren Aufgaben muß bewirken, daß die Reaktion und der Militarismus zurückgedrängt werden, während im Kampf für die langfristigen Ziele die Kräfte vereint werden, die ihnen schließlich eine völlige Niederlage bereiten werden.

Das von unserer Partei ausgearbeitete Programm weist einen demokratischen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage. Längerfristig gesehen, wird die Verwirklichung des Programms den Weg zur Revolution bereiten. Die sozialistische Perspektive der demokratischen Umgestaltungen ist mit der Verstärkung der Rolle der Arbeiterklasse verbunden. Der Kampf für Frieden und nationale Demokratie bietet ihr Möglichkeiten, die eigenen Kräfte zu vervielfachen und die anderen Werktätigen sowie die Mittelschichten für sich zu gewinnen. Für die Arbeiterklasse ist die nationale Demokratie die Brücke, die das Heute mit einer lichten Zukunft verbindet.

Die Zielstellungen erfordern somit auch ein neues Herangehen an die Bündnispolitik der Arbeiterklasse. Die Kommunistische Partei verfolgt heute eine Politik, die es gestattet, mit allen zusammenzugehen, die dazu beitragen können und möchten, daß die extreme Reaktion und die Kräfte des Militarismus zurückgedrängt werden. Sie tritt für den Dialog und die Zusammenarbeit mit all jenen ein, die zumindest einen Punkt unseres Programms unterstützen.

5

Aus dem  
Leben  
der Parteien

Allein schon die Vorbereitung und die Durchführung der Nationalen Konferenz waren ein Beispiel für ein neues, konstruktives Herangehen an jene Partner, mit denen unsere Partei Bündnisse schließen will. In unser Reformprogramm haben wir auch Vorschläge anderer fortschrittlicher Kreise aufgenommen. Im zweiten Halbjahr 1986 haben die Kommunisten trotz illegaler Bedingungen den Dialog mit verschiedenen linken und fortschrittlichen Kräften geführt, sie mit den Thesen unserer Partei vertraut gemacht und ihre Meinungen zur Kenntnis genommen. In Westeuropa, wo sich viele Arbeiter und politische Emigranten aus der Türkei aufhalten, wurde der Standpunkt unserer Partei in öffentlichen Versammlungen erläutert.

Unsere Partei ist sich darüber im klaren, daß sie allein die Probleme des Landes nicht zu lösen vermag. Dazu bedarf es der Stärkung der Positionen aller fortschrittlichen Kräfte. Unsere Nationale Konferenz im vergangenen Jahr war ein wichtiger Schritt, um gemeinsame Aktionen mit den anderen fortschrittlichen Kräften zu erörtern.

Die Konferenz hat gezeigt, daß die KPdT, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt, in der Lage ist, demokratische Wege zur Lösung der Hauptprobleme des Landes zu weisen und dabei die Interessen aller Kräfte, die ihre Zukunft mit den Geschicken unseres Heimatlandes verbunden haben, zu berücksichtigen. Die Kommunistische Partei ist ein zuverlässiger Partner für alle, die für Frieden und Demokratie eintreten. Sie ist eine demokratische und nationale Partei, die entschlossen und unermüdet gegen den USA-Imperialismus und dessen Handlanger kämpft.

Die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, die Zunahme ihres internationalen Einflusses, das Erstarren der Arbeiterbewegung und der allgemeindemokratischen Bewegungen, die Stärkung der Positionen der nichtpaktgebundenen Staaten gegenüber dem Militarismus und Neokolonialismus, die Verbreiterung der Friedensbewegung – das alles ist für den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen für Frieden und Demokratie eintretenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Türkei eine große Unterstützung.

1 Siehe Haydar Kutlu, Den Marxismus in die Tat umzusetzen bedeutet schöpferisches Suchen. In: Heft 9/1986 unserer Zeitschrift. *Die Red.*

6

Entnommen aus der Zeitschrift  
Probleme des Friedens und Sozialismus  
Ausgabe. 3-87